

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einwendungen, Einreden	1
1. Abschnitt: Erfüllung, Leistung an Erfüllung statt und erfüllungshalber	1
A. Erfüllung	1
I. Realer Tilgungsakt	1
II. Bedeutung der Tilgungsbestimmung bei der Erfüllung	2
Fall 1: Kaufpreiszahlung an Minderjährigen	3
III. Erfüllung bei Forderungsmehrheit	4
IV. Schuldbefreiende Leistung an einen Dritten	
oder durch einen Dritten	5
V. Verpflichtungen des Gläubigers	6
VI. Zahlungen unter Vorbehalt	6
B. Leistung an Erfüllung statt und erfüllungshalber	6
I. Leistung an Erfüllung statt	6
Fall 2: Inzahlunggabe eines Gebrauchtwagens	7
II. Leistung erfüllungshalber	9
■ Zusammenfassende Übersicht: Erfüllung	10
2. Abschnitt: Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	11
A. Hinterlegung, §§ 372 ff.	11
I. Voraussetzungen	11
II. Wirkungen	11
B. Selbsthilfeverkauf	11
3. Abschnitt: Aufrechnung, Aufrechnungsvertrag, Anrechnung	12
A. Aufrechnung	12
I. Aufrechnungslage	12
1. Gegenseitigkeit der Forderungen	13
2. Gleichartigkeit der Forderungen	13
3. Erfüllbarkeit der Hauptforderung	14
4. Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	15
II. Aufrechnungserklärung	15
III. Kein Ausschluss der Aufrechnung	15
1. Ausschluss kraft Gesetzes	15
2. Ausschluss kraft Vereinbarung	17
IV. Wirkungen der Aufrechnung	17
1. Erlöschen der Forderungen mit Rückwirkung	17
2. Aufrechnung und Rechtskraft	17
B. Aufrechnungsvertrag	18
C. Anrechnung	18
■ Zusammenfassende Übersicht: Aufrechnung, §§ 387 ff.	19
4. Abschnitt: Erlassvertrag und negatives Schuldanerkenntnis	20
A. Erlassvertrag	20
B. Negatives Schuldanerkenntnis	20

5. Abschnitt: Rücktritt vom Vertrag	21
A. Voraussetzungen des Rücktritts	22
I. Rücktrittsrecht	22
1. Vertragliches Rücktrittsrecht	22
2. Gesetzliches Rücktrittsrecht	23
a) Rücktrittsrecht, § 323	23
b) Rücktrittsrecht, § 324	26
c) Rücktrittsrecht, § 326 Abs. 5	26
d) Rücktrittsrecht, § 313 Abs. 3 S. 1	26
II. Unwirksamkeit des Rücktritts und Erlöschen des Rücktrittsrechts	26
1. Unwirksamkeit gemäß § 218 Abs. 1 (Quasiverjährung)	26
2. Rücktritt gegen Reuegeld	26
3. Aufrechnung nach Nichterfüllung	27
4. Erlöschen des Rücktrittsrechts nach Fristsetzung	27
III. Rücktrittserklärung	27
B. Rechtsfolgen des Rücktritts	27
I. Rückgewähr empfangener Leistungen	27
1. Rückabwicklungskosten	28
2. Erfüllungsort	28
3. Rücknahmeanspruch	29
II. Wertersatzanspruch nach § 346 Abs. 2	29
1. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 1	29
2. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 2	29
3. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 3	30
4. Berechnung des Wertes	30
III. Ausschluss der Wertersatzpflicht	30
1. Ausschluss nach § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 1	30
2. Ausschluss nach § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 2	31
3. Ausschlussgrund des § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 3	31
Fall 3: Sonntagsausflug mit Schaden	32
IV. Schadensersatzansprüche	33
1. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	34
2. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	34
a) Untergang oder Verschlechterung bei einem vertraglichen Rücktrittsrecht	34
b) Untergang oder Verschlechterung bei einem gesetzlichen Rücktrittsrecht	35
V. Nutzungsersatzansprüche	35
VI. Verwendungsersatzansprüche	35
VII. Herausgabe des Surrogats	36
C. Verjährung	36
■ Zusammenfassende Übersicht: Rücktritt	37
6. Abschnitt: Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	39
A. Kündigungsgrund	39
I. Keine vorrangige Spezialregelung	39
II. Wichtiger Grund	40
III. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	40
IV. Kein Ausschluss des Kündigungsrechts	41

B. Kündigungserklärung	41
C. Rechtsfolgen der Kündigung	41
7. Abschnitt: Einreden	41
A. Einrede aus § 320	42
I. Voraussetzungen	43
1. Geltendmachung eines Anspruchs aus gegenseitigem Vertrag durch den Gläubiger	43
2. Fälliger durchsetzbarer Gegenanspruch im Gegenseitigkeitsverhältnis	43
Fall 4: Die letzte Kaufpreisrate	44
3. Vertragstreue des Schuldners	46
II. Rechtsfolgen	46
III. Verhältnis zur Rücktrittseinrede aus § 438 Abs. 4	46
B. Einrede gemäß § 273 Abs. 1	47
I. Voraussetzungen	47
1. Gegenseitige Ansprüche	47
2. Fälliger und durchsetzbarer Gegenanspruch	48
3. Konnexität	48
II. Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	48
Fall 5: Offene Rechnung	49
III. Rechtsfolgen	50
C. Sonderfälle des Zurückbehaltungsrechts	52
D. Unzulässige Rechtsausübung gemäß § 242	52
2. Teil: Störung der Geschäftsgrundlage, § 313	54
1. Abschnitt: Anwendbarkeit	55
A. Vorrang der vertraglichen Vereinbarung	55
B. Vorrangige Spezialregelung	55
C. Verhältnis zur Anfechtung	55
D. Verhältnis zu § 275	56
E. Verhältnis zu § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2	57
2. Abschnitt: Voraussetzungen	58
A. Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 Abs. 1)	58
I. Bestimmte Umstände sind zur Grundlage des Vertrags geworden	58
II. Schwerwiegende Änderung	59
III. Festhalten am unveränderten Vertrag unzumutbar	59
Fall 6: Kaltes Café	60
B. Störung der anfänglichen (subjektiven) Geschäftsgrundlage	61
3. Abschnitt: Rechtsfolgen	61
A. Vertragsanpassung	61
B. Rücktritt vom Vertrag	61
C. Kündigung des Vertrags	62
4. Abschnitt: Typische Anwendungsfälle des § 313	62
A. Zweckstörung	62
Fall 7: Fenstermiete	62
B. Äquivalenzstörung	65
Fall 8: Bisschen Schwund ist immer	65
C. Gemeinsamer Irrtum	66
I. „Offener“ (externer) Kalkulationsirrtum	67

II. Irrtum über künftige Umstände	68
Fall 9: Billiger Bauernhof	68
D. Leasing	69
Fall 10: Mangelhafter Mazda	69
■ Zusammenfassende Übersicht: Störung der Geschäftsgrundlage, § 313	72
3. Teil: Verbraucherschutz	73
1. Abschnitt: Grundbegriffe des Verbraucherrechts	74
A. Verbraucher	74
I. Natürliche Person	74
1. Einordnung von OHG, KG und Partnerschaftsgesellschaften	74
2. Einordnung von GbR und Wohnungseigentümergeinschaft	75
II. Zweck des Rechtsgeschäfts	75
1. Maßgebliche Kriterien für die Zuordnung der Zweckbestimmung	75
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Zuordnung des Zwecks	76
3. Beweislast	76
III. Problemfälle der Abgrenzung	76
1. Existenzgründer	76
2. Doppelte Zweckbestimmung („dual use“)	77
3. Arbeitnehmer als Verbraucher	77
4. Gesellschafter und Geschäftsführer einer GmbH	78
5. Vertretung des Verbrauchers durch einen Unternehmer	78
B. Unternehmer	78
I. Natürliche oder juristische Person in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit	78
II. Rechtsfähige Personengesellschaft in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit	79
2. Abschnitt: Anwendungsbereich und Grundsätze des Verbraucherrechts	79
A. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	79
I. Verbraucherverträge i.S.d. § 312 Abs. 1	80
II. Ausnahmetatbestände	81
1. Ausnahmen nach Abs. 2	81
2. Ausnahmen nach Abs. 3–6	81
B. Grundsätze bei Verbraucherverträgen	82
I. Informationspflichten bei telefonischer Kontaktaufnahme	82
II. Informationspflichten für den stationären Handel	82
III. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	83
1. Entgelte für Nebenleistungen	83
2. Entgelte für die Nutzung bestimmter Zahlungsmittel	84
3. Entgelte für telefonische Auskünfte zur Vertragsabwicklung	84
4. Keine Unwirksamkeit des Vertrages im Übrigen	85
3. Abschnitt: Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge und Fernabsatzverträge	85
A. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	86
I. Schutzzweck	86
II. Anwendungsbereich	86
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1	86
2. Ausnahmetatbestände	87

III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312 b	87
1. Geschäftsräume	87
2. Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	88
3. Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	88
4. Vertragsschluss nach persönlicher Ansprache des Verbrauchers	88
5. Vertragsschluss auf einem Ausflug	89
IV. Besonderer Gerichtsstand für Außergeschäftsraumverträge	89
B. Fernabsatzverträge	90
I. Schutzzweck	90
II. Anwendungsbereich	91
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1	91
2. Ausnahmetatbestände	91
III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312 c	92
1. Ausschließliche Verwendung von Fernkommunikationsmitteln	92
2. Organisiertes Vertriebs- oder Dienstleistungssystem	93
IV. Konkurrenzen	93
C. Informations- und Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraumverträge und Fernabsatzverträge	94
I. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246 a EGBGB	94
1. Inhalt der Informationen	94
2. Formale Anforderungen	95
II. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246 b EGBGB	96
1. Inhalt der Informationen	96
2. Formale Anforderungen	96
III. Dokumentationspflichten gemäß § 312 f	97
1. Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraumverträge	97
2. Dokumentationspflichten für Fernabsatzverträge	98
3. Dokumentationspflichten für digitale Daten	98
IV. Sanktionen bei Verletzung der Informations- oder Dokumentationspflichten	99
1. Verletzung der Informationspflichten gemäß § 312 d Abs. 1 und 2	99
2. Verletzung der Dokumentationspflichten gemäß § 312 f	100
D. Einräumung eines Widerrufsrechts gemäß § 312 g	100
E. Widerruf eines neuen nach Kündigung eines bestehenden Dauerschuldverhältnisses, § 312 h	101
I. Zweck der Regelung	101
II. Fallgruppen und Rechtsfolgen	102
4. Abschnitt: Besondere Regelungen für den elektronischen Geschäftsverkehr	102
A. Schutzzweck	103
B. Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr	103
C. Allgemeine Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr, § 312 i	104
I. Anwendungsbereich	104
II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312 i Abs. 1	105
1. Zurverfügungstellung von Korrekturmöglichkeiten	105
2. Informationspflichten i.V.m. Art. 246 c EGBGB	105
3. Zugangsbestätigung	105
Fall 11: Preisbrecher	106

4. Verschaffung einer Abruf- und Speicherungsmöglichkeit	109
III. Ausnahmen und Abdingbarkeit	109
1. Ausnahmen	109
2. Abdingbarkeit	110
IV. Rechtsfolgen der Verletzung der Pflichten aus § 312 i Abs. 1	110
1. Anfechtung	110
2. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche	110
3. Kein Hinausschieben des Beginns der Widerrufsfrist	111
V. Weitergehende Informationspflichten	111
D. Besondere Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr mit Verbrauchern, § 312 j	111
I. Anwendungsbereich	111
II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312 j Abs. 1	111
III. Informationspflichten gemäß § 312 j Abs. 2	112
1. Inhalt der Information	112
2. Formale Anforderungen	112
IV. Anforderungen an die Bestellsituation gemäß § 312 j Abs. 3 und Rechtsfolge bei Nichtbeachtung nach § 312 j Abs. 4	113
1. Anforderungen an die Bestellsituation	113
2. Rechtsfolge bei Nichtbeachtung der Anforderungen	114
V. Ausnahmen gemäß § 312 j Abs. 5	114
5. Abschnitt: Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	115
A. Schutzzweck und Struktur	115
B. Anwendungsbereich	115
Fall 12: Bereute Bürgschaft	116
C. Widerrufserklärung	117
D. Widerrufsfrist	119
E. Rechtsfolgen des Widerrufs	120
I. Allgemeine Regelungen	121
II. Besondere Regelungen für Außergeschäftsraumverträge und Fernabsatzverträge	121
1. Rückgewähr der Leistungen	122
2. Rückgewähr der Lieferkosten	122
3. Rückzahlung mit demselben Zahlungsmittel	122
4. Zurückbehaltungsrecht beim Verbrauchsgüterkauf	123
5. Kosten der Rücksendung	123
6. Wertersatzanspruch des Unternehmers	124
a) Wertersatz bei Waren	124
b) Wertersatz bei Dienstleistungen und Energielieferungen	126
III. Besondere Regelungen für Verträge über Finanzdienstleistungen	126
1. Rückgewähr der Leistungen	126
2. Wertersatz bei Außergeschäftsraum- und Fernabsatzverträgen	126
3. Wertersatz bei Verbraucherdarlehensverträgen	127
IV. Besondere Regelungen für Teilzeit-Wohnrechtverträge sowie für Verträge über ein langfristiges Urlaubsprodukt, Vermittlungsverträge und Tauschsystemverträge	128
V. Besondere Regelungen für Ratenlieferungsverträge	128
VI. Weitergehende Ansprüche und abweichende Vereinbarungen	128
Fall 13: Doppelt hält besser	129

6. Abschnitt: Verbundene Verträge	133
A. Voraussetzungen	134
I. Finanzierungszweck	134
II. Wirtschaftliche Einheit	134
1. Allgemeine Voraussetzungen	134
2. Besondere Voraussetzungen für Immobiliendarlehensverträge	135
B. Rechtsfolgen	136
I. Widerrufsdurchgriff	136
1. Widerruf des finanzierten Vertrags, § 358 Abs. 1	136
2. Widerruf des Verbraucherdarlehensvertrags, § 358 Abs. 2	136
Fall 14: Knapp daneben	137
3. Rechtsfolgen des § 358 Abs. 4 S. 5	139
II. Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff	140
Fall 15: Klammer Käufer	141
III. Einschränkungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	143
IV. Entsprechende Anwendung auf zusammenhängende Verträge	144
1. Voraussetzungen	144
a) Allgemeine Voraussetzungen	144
b) Ergänzung für Verbraucherdarlehensverträge	145
2. Rechtsfolge	145
■ Zusammenfassende Übersicht: Verbraucherschutz	146
4. Teil: Beteiligung Dritter an Schuldverhältnissen	148
1. Abschnitt: Vertrag zugunsten Dritter, §§ 328 ff.	149
A. Rechtsverhältnisse zwischen den Beteiligten	149
I. Das Deckungsverhältnis	149
1. Eigenes Forderungsrecht des Dritten	150
2. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	151
3. Widerrufsmöglichkeit	151
II. Das Valutaverhältnis	151
III. Das Vollzugsverhältnis	151
B. Leistungsstörungen	152
I. Rechte des Dritten	152
II. Rechte des Versprechensempfängers	152
III. Rechte des Versprechenden	153
C. Einwendungen, § 334	153
D. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	154
E. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall, §§ 328, 331	155
Fall 16: Lebensversicherung für die Geliebte	156
F. Abgrenzung	159
I. Stellvertretung	159
II. Abtretung	160
III. Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	160
G. Verfügung zugunsten Dritter	160
I. Dingliche Verfügungsgeschäfte	160
II. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte	161
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag zugunsten Dritter	162

2. Abschnitt: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	163
A. Voraussetzungen	164
I. Leistungsnähe	164
II. Einbeziehungsinteresse des Gläubigers, insb. bei Berufshaftung	164
Fall 17: Pferdegutachten	165
III. Erkennbarkeit für den Schuldner	168
IV. Schutzbedürftigkeit des Dritten	168
B. Rechtsfolgen	169
Fall 18: Unverschlossene Rauchrohröffnung	171
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	173
3. Abschnitt: Drittschadensliquidation	174
A. Tatbestand und Fallgruppen	174
I. Obligatorische Gefahrentlastung	175
1. Versendungskauf, § 447 Abs. 1	175
2. Werkuntergang vor Abnahme, § 644 Abs. 1 S. 1	176
3. Vereinbarung zwischen Gläubiger und Drittem	177
4. Vermächtnis	177
II. Verdeckte (mittelbare) „Stellvertretung“	177
III. Treuhandverhältnisse	178
IV. Obhutsfälle	178
B. Rechtsfolge und Prüfungsaufbau	179
C. Abgrenzung Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und Drittschadensliquidation	180
■ Zusammenfassende Übersicht: Drittschadensliquidation.....	181
4. Abschnitt: Abtretung, Sicherungsabtretung, cessio legis	182
A. Abtretung (Zession), §§ 398 ff.	183
I. Voraussetzungen der Abtretung	183
1. Einigung (Abtretungsvertrag), § 398 S. 1	183
a) Form	183
b) Bestimmtheit	184
c) Keine Nichtigkeitsgründe, insb. § 134 und § 138	185
2. Berechtigung	186
a) Zedent ist Forderungsinhaber	186
b) Keine Verfügungsbeschränkung und kein Verfügungsverbot	187
c) Ermächtigung kraft Gesetz oder gemäß § 185 Abs. 1	189
3. Überwindung der fehlenden Berechtigung, §§ 185 Abs. 2 und 405	189
4. Keine Überwindung der fehlenden Berechtigung im Übrigen	190
II. Rechtsfolgen der Abtretung	190
1. Forderung geht auf Zessionar über (Gläubigerwechsel)	190
2. Übergang von Neben- und Vorzugsrechten, § 401	191
3. Schutz des Schuldners	191
a) Einwendungen und Einreden des Schuldners, § 404	191
b) Aufrechnung gegenüber dem Zessionar, § 406	192
c) Rechtshandlungen gegenüber dem Zedenten, § 407 Abs. 1	194
Fall 19: Der nichtsahnende Schuldner	194
d) Wirkung rechtskräftiger Urteile, § 407 Abs. 1 u. §§ 265, 325 ZPO	196
e) Erweiterter Schuldnerschutz nach § 354 a Abs. 1 S. 2 HGB	196

f) Mehrfache Abtretung, § 408 Abs. 1	197
g) Abtretungsanzeige, § 409	197
B. Inkassoession und Factoring	198
C. Einziehungsermächtigung und Einziehung durch Stellvertreter	198
D. Sicherungsabtretung (Sicherungscession)	199
I. Sicherungsvertrag	201
1. Mindestinhalt	201
2. Ermessensunabhängiger Freigabeanspruch bei nachträglicher Übersicherung	202
a) Nachträgliche Übersicherung	202
b) Unwirksamkeit entgegenstehender AGB, § 307	203
II. Unwirksamkeit der Sicherungsabtretung nach § 138 Abs. 1	204
1. Unwirksamkeit wegen anfänglicher Übersicherung	204
2. Knebelung	205
3. Verleitung zum Vertragsbruch	205
Fall 20: Kollision von Globalzession und verlängertem Eigentumsvorbehalt	206
E. Gesetzlicher Forderungsübergang (cessio legis)	208
■ Zusammenfassende Übersicht: Abtretung	209
5. Abschnitt: Schuld-, Erfüllungs- und Vertragsübernahme	212
A. Schuldübernahme	212
I. Privative (befreiende) Schuldübernahme, §§ 414–418	212
1. Voraussetzungen	212
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Neuschuldner, § 414	213
b) Genehmigter Vertrag zwischen Alt- und Neuschuldner, §§ 415, 416	213
2. Rechtsfolgen	214
3. Einwendungen und Einreden	215
4. Gestaltungsrechte	215
II. Schuldbeitritt	216
1. Abgrenzung: Schuldbeitritt, Bürgschaft oder eigene Schuld	216
2. Voraussetzungen	217
3. Rechtsfolge	218
B. Erfüllungsübernahme	219
C. Vertragsübernahme	219
I. Rechtsgeschäftliche Vertragsübernahme	219
II. Gesetzliche Vertragsübernahme	220
■ Zusammenfassende Übersicht: Schuldübernahme	221
5. Teil: Mehrheit von Gläubigern und Schuldern	222
1. Abschnitt: Gläubigermehrheiten	222
A. Teilgläubigerschaft, § 420 Var. 2	222
B. Gesamtgläubigerschaft, § 428	223
C. Gemeinschaftliche Gläubigerschaft, § 432	224
2. Abschnitt: Schuldnermehrheiten	225
A. Teilschuldnerschaft, § 420	225
B. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	226
Fall 21: Streichquartett	226

C. Gesamtschuldnerschaft, §§ 421 ff.	227
I. Entstehen der Gesamtschuld durch Gesetz oder Vertrag	227
II. Entstehen der Gesamtschuld in sonstigen Fällen, § 421 S. 1	228
1. Schulden mehrere	228
2. Eine Leistung	229
3. Jeder die ganze Leistung	229
4. Gläubiger ist nur einmal forderungsberechtigt	229
5. Gleichstufigkeit	230
a) Gleichstufigkeit erforderlich (h.M.)	230
b) Keine Gleichstufigkeit erforderlich (a.A.)	232
III. Rechtsfolgen der Gesamtschuld	232
1. Außenverhältnis zwischen Gläubiger und Gesamtschuldnern	232
2. Innenverhältnis zwischen den einzelnen Gesamtschuldnern	233
a) Selbstständiger Ausgleichsanspruch, § 426 Abs. 1 S. 1	235
b) Forderungsübergang, § 426 Abs. 2	237
Fall 22: Tückische Verjährung	237
3. Sonderfall: Ausgleich zwischen Mitbürgen, §§ 774 Abs. 2, 426	240
Fall 23: Ausgleich unter Mitbürgen	240
4. Sonderfall: Ausgleich zwischen einem Bürgen und einem anderen Sicherungsgeber	241
a) Bürgschaft und akzessorische Sicherheit: Wettlauf der Sicherungsgeber	242
b) Bürgschaft und abstrakte Sicherheit: Stillstand der Sicherungsgeber	242
c) Anteiliger Ausgleich nach abstraktem Haftungsrisiko	243
IV. Gestörte Gesamtschuld	243
1. Lösungsmodelle	244
2. Vertragliche Haftungsbeschränkungen	245
Fall 24: Die dachlose Jugendherberge	247
3. Gesetzliche Haftungsbeschränkungen	248
a) Unfallversicherung und Arbeitnehmerhaftung	249
Fall 25: Der Sturz vom Baugerüst	250
b) Haftung für eigenübliche Sorgfalt i.S.d. § 277	251
Fall 26: Kinderspielplatz	252
■ Zusammenfassende Übersicht: Gesamtschuld	254
Stichwortverzeichnis	257